

Gehemmt täglich mit Ausgabe der Montags- und der Tage nach den Feiertagen. Abonnementpreis für Danzig monatl. 30 Pi. (täglich frei im Hause), in den Abschiffen und der Expedition abholbar 20 Pi. Witterungsbericht 20 Pi. frei im Hause, 20 Pi. bei Abholung. Durch alle Postanstalten 1,00 Pi. pro Quartal, mit Briefportoabrechnung 1 Pi. 40 Pi. Sprechstunden der Redaktion 11-12 Uhr Vorm. Zeitungsberichte Nr. 4. XVIII. Jahrgang.

Danziger Courier.

Kleine Danziger Zeitung für Stadt und Land
Organ für Jedermann aus dem Volke.

Amtliche Wahlbeeinflussungen.

Durch die s. J. des Nähren erwähnte Königsberger Gerichtsverhandlung ist festgestellt worden, daß eine amtliche Beeinflussung der Wähler durch den Landrat des Königsberger Landkreises Thron. v. Hüttelstem in einem Maße stattgefunden hat, wie es der Reichstag stets für unzulässig erklärt hat. Zweifellos werden diese Dinge bei Gelegenheit der Erörterung des Protestes, welcher gegen die Wahl des Großen Dönhoff eingereicht ist, im Reichstage noch näher erörtert werden.

Wie man damals mitgetheilt haben, ist das Organ des Bundes der Landwirthe wegen beleidigender Äußerungen des Landrats verurtheilt worden, weil diese die Grenzen des durch § 193 des Strafgesetzbuches gewährten Schutzes überschritten. Das Organ des Bundes der Landwirthe, und das verdient durchaus unsere Zustimmung, hat in einer sehr entschiedenen Weise sich gegen die Wahlbeeinflussungen, die im Königsberger Landkreise geübt worden sind, ausgesprochen und verlangt, daß dieselben von der Regierung öffentlich genehmigt würden. Hoffentlich wird das Organ des Bundes der Landwirthe denselben Standpunkt einnehmen, wenn ähnliche und noch viel schlimmere Wahlbeeinflussungen, wie sie in Pommern zu Gunsten der Candidaten des Bundes der Landwirthe geübt worden sind, im Reichstage zur Sprache kommen werden.

Man sollte sich doch allerwärts endlich davon überzeugen, daß mit solchen amtlichen Beeinflussungen weder der Sache noch den Parteien und Personen, für welche man eintritt, gedient wird. Dafür dienen auch als Beispiel die Vorgänge bei der Danziger Reichstagswahl, welche bekanntlich zu einem Protest der Sozialdemokraten geführt haben. Der Hauptpunkt dieses Protestes ist durch den Abgeordneten Singer gestern im Reichstage beim Marineetat zur Sprache gebracht worden.

Bezüglich der Tagesbefehle des Herrn Ober-Werftdirectors an die Arbeiter der Danziger Werft haben wir von vornherein erklärt, daß es für alle Betheiligten geboten ist, daß die Vorgezeichten sich bei den Wahlen jeder amtlichen Amtsgabe zu Gunsten oder zu Ungunsten bestimmter Candidaten enthalten. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige amtliche Parleinahme, abgesehen von der prinzipiellen Unzulässigkeit, in der Regel auch den Zweck nicht erreichen kann, z. B. in dem Danziger Falle. Die Arbeiter der kaiserlichen Werft wohnen in den verschiedensten Wahlbezirken der Stadt, ein Theil auch wohl im Landkreis; sie würden sich durch ein solch amtliches Vorgehen in ihrer freien Abstimmung nicht einschränken lassen.

Was nun den Wortlaut dieser Tagesbefehle betrifft, so liegt uns der eine von ihnen vor. Derselbe tritt am Eingang den Gerüchten entgegen, daß nach den Wahlen eine größere Anzahl von Arbeitern von der Werft entlassen werden würde. Soweit es sich darum handelt, wird man die Ansprache an die Arbeiter nicht

beanstanden können. Der Tagesbefehl wendet sich indeß nachher direct gegen die Socialdemokraten und warnt davor, ihnen als Reichsfeinden die Stimme zu geben. Eine solche direkte Parteinahme gegen einen bestimmten Kandidaten in einer amtlichen Amtsgabe hat der Reichstag bisher stets als unzulässig erachtet und auch die Consequenzen daraus gezogen. Wir würden es für einen erfreulichen Fortschritt halten, wenn an maßgebender Stelle Vorsorge dafür getroffen wird, daß man in Zukunft in allen kaiserlichen und königlichen Werkstätten und Betrieben (Werften, Artilleriewerkstätten, Gewehrfabriken etc.) eine derartige amtliche Parteinahme für oder gegen bestimmte Candidaten bei den Wahlen unterläßt.

Im übrigen haben die amtlichen Amtsgaben bei der Danziger Wahl auf das Resultat dieser Wahl einen entscheidenden Einfluß nicht haben können. Der für den gewählten Abgeordneten ungünstigste Fall wäre der, daß man ihm die Stimmen der sämmtlichen Wahlberechtigten der kaiserlichen Werft abrechnet und dem socialdemokratischen Kandidaten zuwendet. Bei der Hauptwahl hatte bekanntlich der Abg. Rickerl 7281, der socialdemokratische Kandidat Storch 3822, der Centrumscandidat 3086, der conservative 2968, der antisemitische 368, der Pole 810 Stimmen. Nimmt man selbst an, daß wahlberechtigte, im Landkreis wohnende Arbeiter an der Werft nahezu 2000 vorhanden sind, und rechnet man diese dem Abg. Rickerl ab und dem socialdemokratischen Kandidaten zu, so würde das Resultat dasselbe sein, wie es gewesen. Die Candidaten Rickerl und Storch wären in die engere Wahl gekommen. Bei der Stichwahl hätte Rickerl 11134, der socialdemokratische Kandidat 4976 Stimmen. Auch hier würde ein Abzug von ca. 2000 und eine Zuzählung ebenso vieler bei den Gegencandidaten das Resultat nicht ändern.

Jedentfalls zeigt es sich hier, daß amtliche Amtsgaben, wie die in dem Protest erwähnten, nicht einmal den Zweck erreichen, sondern am letzten Ende genau das Gegenheil zur Folge haben von dem, was die Urheber der Amtsgaben wünschen. Es ist den Liberalen gerade bei der letzten Reichstagswahl in Danzig gelungen, obwohl sie nicht nur von den Socialdemokraten, sondern auch von den Conservativen heftig angegriffen wurden, die Socialdemokraten mehr noch wie früher zurückzubringen, mehr wie in irgend einer anderen größeren Stadt. Durch amtliche Amtsgaben wie die erwähnten kann die freie Thätigkeit der Liberalen nur eingeschränkt, nicht aber gefördert werden. Die Behörden thun am besten, wenn sie bei diesem Kampfe neutral bleiben und sich höchstens darauf beschränken, unwahre thotsächliche Behauptungen richtig zu stellen.

Über die gestrigen Vorgänge im Reichstage liegt uns folgender Bericht vor:

Berlin, 20. Januar.

Die Berathung des Marineetats hat seit Erfolg des Flottengesetzes naturgemäß an Be-

deutung verloren, weil die allgemeinen Gesichtspunkte weniger zur Geltung kommen; trotzdem gestalte sich die heutige Debatte hochinteressant durch die Erörterung zweier Tagesbefehle von Oberwerftdirectoren, von denen derjenige des früheren Danziger Oberwerftdirectors, jetzigen Contre-Admirals v. Wietersheim wegen seiner principiellen Wichtigkeit und Tragweite bei weitem in den Hintergrund trat. Nur der König von Saarabien, Abg. v. Stumm, äußerte sich wenig sympathisch über die Erklärung des Staatssekretärs des Reichsmarineamts, Tirpitz. Dagegen stellten sich außer den freisinnigen und sozialistischen Rednern die Abg. Bassemann (nat.-lib.), Gröber (Centr.), Werner (Reformp.), also die Vertreter der sehr großen Mehrheit des Reichstages, rückhaltlos auf Seite des Staatssekretärs Tirpitz.

Abg. Singer (Soc.) bringt den Tagesbefehl des früheren Oberwerftdirectors v. Wietersheim zur Sprache, der unter absäßiger Kritik der Gründsäße und Ziele der Socialdemokratie Redner verteidigt die betreffenden Stellen den Werftarbeitern den Rath giebt, nur dem Candidaten der staatsverhaltenden Parteien etc. die Stimme zu geben. Redner meint, es wäre zu wünschen, daß ein solcher Herr vom Schiffbau mehr verstände, als von der Socialdemokratie. Oberwerftdirector v. Wietersheim habe die Anstandspläste der Behörden, sich nicht in die politischen Wahlen einzumischen, sich nicht zur Richtschnur genommen. Der Reichstag möge dafür sorgen, daß dem bis auf die äußerste Grenze getriebenen Unzug, daß Beamte sich herausnehmen, den Arbeitern vorzuschreiben, welcher politischen Überzeugung sie folgen sollen, ein Ende gemacht werde. Das sei moderne Sklaverei, die in einem Culturstaat nicht geduldet werden dürfe. Von Wahlfreiheit könnte da keine Rede sein. v. Wietersheim sei nicht mehr in Danzig, nach den üblichen Gesetzgebungen dürfe man aber wohl annehmen, daß er befördert worden sei. Redner weiß sodann auf den Tagesbefehl des Werftdirectors Hugo v. Schuckmann in Wilhelmshaven hin, in welchem die Arbeiter ernannt würden, für die rechtzeitige Entrichtung der Steuern zu sorgen und im Rücksichtsfalle mit Entlassung aus dem Dienste droht, wenn ein Arbeiter dreimal sich eine solche Versäumung zu Schulden kommen lässe. Ein Privatindustrieller würde sich zum Bittel der Steuerbehörde hergeben. Der Staatssekretär des Reichsmarineamts möge die Ober-Werftdirectoren anweisen, derartige Erlassen nicht zu veröffentlichen, bevor er sie geprüft habe.

Staatssekretär Tirpitz: Ich glaube im Sinne des Gesetzes zu sprechen, wenn ich eine Sozialdemokratie vermeide. Vor den Befehlen habe ich selbstverständlich erst post festum Kenntnis bekommen. In der Ansicht, daß die Werft in solcher Weise bei den Wahlen nicht hätte hervortreten sollen; ich habe dieser Ansicht auch entsprechenden Ausdruck gegeben. Uebrigens ist die Annahme des Abg. Singer nicht richtig, daß die Abcommandirung des Oberwerftdirectors v. Wietersheim mit dieser Angelegenheit zusammenhangt. Die Abcommandirung von Wintersheims hat mit dieser Angelegenheit nichts zu thun. Was den anderen Tagesbefehl anbelangt, so sind die Verwaltungen durch Gesetze vom 21. Mai 1869 und 29. März 1897 verpflichtet, für die Abführung der rückständigen Steuern zu sorgen. Ich kann daher auch nur annehmen, daß der Erlass von einem gewissen Wohlwollen gegen die Arbeiter dictirt gewesen ist. Die Verwaltung hat ein Interesse daran, daß die Verhältnisse der Arbeiter geordnet seien. Was den zweiten Postus des Tagesbefehls anlangt wegen

der Entlassung, so finde ich, derselbe ist wohl etwas hart. Ich kann nicht übersehen, welche besonderen Gründe etwa diesen Postus veranlaßt haben. Es müssen wohl besonders schwere Fälle vorgelegen haben.

Abg. Rickerl: Nach der dankenswerthen Rede des Staatssekretärs würde ich keine Veranlassung haben, in diese Debatte einzutreten, wenn ich nicht der unschuldige Leibende wäre. Ich will hier eine ganz kurze Antwort geben auf die Erörterungen in der Presse. Die Heiterkeit, mit der die Herren die Sache am Schlusse aufgenommen, zeigt mir, daß Sie die Situation für mich etwas komisch finden und auch ich habe eine humoristische Empfindung gehabt, daß mir zum ersten Male in meinem politischen Leben (Heiterkeit) passiert ist, daß eine höhere Behörde bei den Wahlen für mich eingetreten ist. (Heiterkeit.) Die conservativen Presse war darüber auch teilweise erregt und freiherr v. Wietersheim wurde aufgefordert, zu erklären, wie er zu diesem Schritte käme, gerade für den Rickerl so einzutreten. (Große Heiterkeit.) Auch die „Kreuzzeitung“ hat mich besonders behandelt. Die „Kreuz-Ztg.“ behauptet, daß mir von links der Vorwurf gemacht sei, daß ich zu meinen Gunsten eine amliche Wahlbeeinflussung geduldet habe (Heiterkeit) dann möchte ich doch wissen, wie ich das verhindern sollte. (Wiederholung Heiterkeit.) Ich habe nicht Gelegenheit gehabt, mit dem Herrn Ober-Werftdirector zu sprechen und weder eine direkte noch indirekte Veranlassung zu der Wahlbeeinflussung gegeben, während mir in der Presse direkte Provocation vorgeworfen wird. (Burk.) So thöricht bin ich nicht. (Heiterkeit.) Ich glaube, der Staatssekretär hat durch seine Erklärung das gethan, was im Interesse der Aufrechterhaltung der Autorität der Behörden m. G. einzig richtig ist. Es kann uns nichts unerwünschter sein, als eine Einmischung der Behörden in Wahlauslegerungen. Dem Urteil der Wahlprüfungs-Commission sehe ich mit Seelenruhe entgegen. Bei der ersten Wahl hatte ich 723 Stimmen, der social-demokratische Kandidat 3822, der Centrumscandidat 3086, der conservative Kandidat 2968 Stimmen. Außerdem war noch ein antisemitischer und ein polnischer Kandidat da im ganzen sechs Kandidaten. Die Behauptung der „Kreuzzeitung“, als ob ich durch diesen Tagesbefehl Stimmen gewonnen hätte, ist entschieden zurückzuweisen, eher ist das Gegenteil möglich. Aber selbst wenn man der Aussäufung wäre, daß das möglich wäre, wie sollten dann die Arbeiter, die in den verschiedensten Gegenden der Stadt verspreut wohnen, und eine Kontrolle in den Städten nicht egzistieren, wie dies z. B. in einzelnen Theilen des Landes auf dem Lande der Fall ist, da befreist werden? Das ist gar nicht möglich. Ich siehe auf dem Standpunkte des Herrn Staatssekretärs, indem ich jede Einmischung, namentlich der oberen Beamten der Staats- und Reichsbehörden, für unzulässig erachte und überzeugt bin, daß solche Einmischung die Staatsautorität nur schädigen kann. Ich wäre glücklich, wenn diese Anschauung überall im Hause Platz gewonne. In Königsberg Land wurden die Conservativen des Bundes der Landwirthe sehr empfindlich, als ein Landrat sich hineinmischt; ich nehme Ihnen das nicht übel, ich denke genau wie Sie und ich halte es nicht für zulässig, daß ein Landrat in dieser Weise sich einmischt, wie dies hr. v. Hüttelstem gethan hat. Aber nur bitte ich auch, die Consequenz zu ziehen der solchen Wahlen, wo sich zeigen wird, daß auch zu Ihren Gunsten eine Wahlbeeinflussung stattgefunden hat. Wie auch das Resultat sein wird, ich sage Ihnen, daß wenn man sämmtliche Werftarbeiter, die wahlfähig sind, dem socialdemokratischen Gegner zusätzl. und mir abzieht, ich dann immer noch eine ziemliche Majorität behalte. Ich wünsche nur, daß das, was

Reihen der geharnischten Kämpfer, die von den städtischen Herolden geführt, unter dem Rande der Trompeten daherritten, um die Damen und den Rath zu grüßen.

Als einer der leichten kam die weiße Feder, aber, das Visir war, wie bei den übrigen, geschlossen; so eifrig sie auch spähte, vermochte sie doch nicht zu entdecken, wer unter dem glänzenden Panzer verborgen war. Doch seltsam, wunderbar vertraut kam ihr die Gestalt des Kämpfers vor, sowie das Reigen des Haupts, mit dem er sie eben grüßte. Ein heiliges Glücksgefühl wallte wiederum in ihrem Herzen auf, doch gleich schalt sie sich kindisch und unbesonnen und sagte sich, daß ihre eigenen Wünsche die Erzeuger so thörichter Hoffnungen nur sein konnten.

Und dann begann die unblutige Fehde. — Schmetternde Fansaren ertönten, die Lanzen krachten und hoch auf wirbelte der Staub unter den fliegenden Hufen der Rosse. Je nach Kraft und Gewandtheit oder auch wie die launische Glücksgöttin ihr Spiel trieb, wurden die Kämpfenden in den Sand gejagt oder gingen aus den Gängen als Sieger hervor — jedesmal dann von dem jubelnden Juraf der Menge gepriesen. Vier Kämpfer waren es, die sich besonders hervorhatten — alle Gegner, zwölf an der Zahl, hatten sie bis auf zwei geworfen — es waren dies eine blaue und eine weiße Feder, welche der Kampfmarschall bisher nicht aufgerufen hatte. Und nun verließ sie das Glück, denn sie hatten in dem Blauen, der erste herankam, ihren Meister gefunden, seine wuchtigen und geschickt geführten Stöße hoben sie alsbald aus dem Sattel. Hierauf trat — von den Herolden gebeten — eine Ruhestift ein. Als die Trompeten ihr Ende verkündeten, sprangen der Blaue und der Weiße, der sein ungeduldig schäumendes Ross kaum mehr zügeln konnte, in die Schranken. Mit eingelegter Lanze stürmte der Blaue auf den Gegner ein; aber wie wuchtig auch der Hieb war, er vermochte nicht ihn etwas anzuhaben, hoch aufgerichtet — wie aus Erz gegossen — verharrte er im Sattel. Die Spannung der Menge war aufs höchste gestiegen — atemlos — mit sieberhafter Erwartung — sah man den Ausgang des Kampfes entgegen. Und noch einmal rasten die Rosse gegeneinander, die Lanzen splitterten und hohe Staubwolken erhoben sich. Als sie sich verzogen — sah man den Blauen im Sante.

(Schluß folgt)

Am schönsten aber war's doch dort, wo der Lenz sein Reich aufgeschlagen hatte — draußen vor den Thoren. Von den Städtern hatte nur heuer niemand Zeit, sich an aller Frühlingspracht zu ergönnen. Die Birken und Lärchen hatten sich in duftig grüne Schleier gehüllt, die schwelenden Blätterknospen der Eichen schimmerten bräunlich und die Anospen der Ahornen hatte die liebe Sonne ebenfalls ausgeküsst, daß der zartgrüne Blätterwuchs seine weichen Spizchen ins Freie schieden konnte, und ihre Blüthen, schimmernd wie Gold, streuten Goldstaub auf den frischgrünen jungen Rosen, auf dem Blumen zart und manigfaltig prangten. Schmetterlinge und zierliche Libellen tummelten sich umher, sich ihres kurzen Lebens freudig, und aus den Zweigen schallte vielfältiger Vogelgesang herab. Solch ein Frühlingsmorgen ist wahrlich wie ein Thautropfen aus dem von der Erde verschwundenen Paradiesel!

Aehren wir aber wiederum in die Stadt zurück. Um acht Uhr, nachdem die Messen beendet waren, erschallten von dem Thurm von St. Marien die Klänge der Apostolica, der Festglocke, und gaben damit das Zeichen zum Beginn des Festes. Auf dem Langenmarkt hatten die Festteilnehmer ihre Sitze auf dem großen Altare bereits eingenommen, als Margareth — von den Eltern geleitet — dorthin kam. Sie trug heute ein himmelblaues Sammelgewand, das mit kostbarem weißen Pelzwerk verbrämmt war, Hals und Arme zierten goldenes Geschmeide und funkelnde Kleinodien. Ihre Schönheit war in leichter Zeit zur höchsten Vollendung herangereift. Der sinnende Ernst des klaren, blauen Auges, sowie der Hauch von Schwermuth, der auf dem ganzen lieblichen Gesicht ruhte, verliehen ihr in den Augen aller derer, die ihren Anblick so lange entbehren mußten, noch einen besonderen Reiz.

Als sie die Gassen zu dem erhöhten Sitz emporstieg, der für die Preispielerin, welches Amt ihr — als der Schönsten und Anmutigsten unter den Töchtern der Stadt — übertragen war, richteten sich die Blicke der zahllosen Menge auf sie und manches bewundernde Wort flog von Mund zu Mund.

Als sie die Gassen zu dem erhöhten Sitz emporstieg, der für die Preispielerin, welches Amt ihr — als der Schönsten und Anmutigsten unter den Töchtern der Stadt — übertragen war, richteten sich die Blicke der zahllosen Menge auf sie und manches bewundernde Wort flog von Mund zu Mund.

Beklommenen Herzens nahm die also Gesieierte auf dem mit Blumengewinden geschmückten Ehrensche Platz — eine kleine Weile nur noch — und ihr Gesicht war erfüllt. Die Mutter hatte ihr vertraut, daß den Helm des ihr bestimmt

Margareths Pfingsten.

Erzählung aus Danzigs Vergangenheit.

Von D. W.

(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)

Just um die Pfingstzeit des Vorjahres war's gewesen, da hatte sie den Eltern von ihrer Liebe zu Johannes Falk gesprochen. Was fragte sie darnach, daß er nur ein armer Gehilfe in ihres Vaters Schreibstube war, und daß seine Wiege einst in einem gar armelosen Vorstadthäuschen gestanden hatte. Wahrlich, ihr Sinn stand nicht nach Ruhm und Reichtum, sie begehrte nur Glück — und das vermeinte sie zu finden, boten ihr doch sein redlicher Sinn und sein ernstes Treiben, das ihm aus Fürstlichkeit schon bis zu dieser Stellung verholfen hatte, die Gewähr hierfür. Sie hatte sich aber nicht mit den Vorurtheilen ihrer Zeit gerechnet, von denen sich auch ihr Vater trog seiner Klugheit nicht frei machen konnte. Wer ihm als Edam ins Haus kam, mußte aus eben so altem Patriziergelechte sein, wie er selber. Vergeblich waren der Tochter Tränen und Bitten, sie änderten nichts an seiner vorgefaßten Meinung. Um ihr die leichten Brillen, wie er der Tochter Neigung nannte, auszutreiben, brachte er sie seiner verwitweten Schwester, die auf ihrem Landgute, unweit des Nonnenklosters Zuchau, ein gar einfaches und zurückgezogenes Leben führte. Vorher aber war die Geliebte nach Lübeck in die dort bestehende Factorei seines Herrn entsandt worden, damit er da draußen seine Liebe vergesse und es verlieren, fürüber seine Augen zu eines reichen Patriziers Töchterlein zu erheben. — Und in der ländlichen Stille, im Umgange mit der Mühme, die eine feinsinnige und was für ihre Zeit ungewöhnlich auch eine velschöne gebildete Frau war, kam ihr stürmisches Herz zu Ruhe.

Und als nach Jahresfrist sie heimkehrte durfte und ihr verkündet ward, daß ein Freiersmann ihrer war, dem die Eltern sie durch Verspruch verlobt hatten, da hügte sie ihnen Stumm die Hand. Wohl kämpfte der Gehorsam und die Ehrenguth, die in jener Zeit unausrottbar in die Kindesherzen geprägt waren, einen heißen Kampf mit ihrem begehrbaren Herzen, aber es mußte unterliegen, gehörten diese beiden Tugenden doch auch zu jenen unvergänglichen Schäcken, die der Engel des Lichtes in ihrer Seele zurückgelassen hatte. — Sie sah nicht den schalkhaft lächelnden Blick des Vaters, auch nicht die Augen der

Diunter, die voll unendlicher Liebe auf ihr ruhten, da sie die ihren ließ gesenkt hielt, um die aufsteigenden Thränen zu verbergen. Und dann war sie in ihr Stübchen hinausgezogen, hatte das Haupt mit einem goldgeläumten dunklen Tuche bedekt, hatte das Gebetbüchlein, dessen Deckel mit künstlicher Filigranarbeit gesiert war, vom Vorltreppen genommen und war nach St. Marien gezogen, um den Beistand der Himmelskönigin anzurufen. In langem andächtigen Gebet kniete sie vor dem Altar der Gebundenen; ehe sie sich wieder erhob, ließ sie den Blick über die kleinen Wachsgebilde gleiten, welche hier aufgehängt waren und in ihrer Verschiedenheit die flehende Bitte der Opfernden hund gaben, denn allezeit schon haben nagende Sorgen und heimliches Leid die Menschen heimgesucht. Ein wehmütiges Lächeln umspielte ihre Lippen, als sie das Wachshertz gewährte, das ihre Mutter aufgehängt hatte, damit die milde, legnende Hand der Heiligen ihrem Ainde Trost und Hoffnung spenden möge. Und es sahen, als sollte ihr Gebet erhört werden, denn tiefer, seltiger Friede zog in ihr Herz ein, und nachdem sie einem Priesterbruder, welcher an einem der Seitenaltäre sein Gebet verrichtete, aus einem perlengeschmückten Läufchen Geld zu einem Paar geweihter Kerzen eingehändigt hatte, wandte sie sich dem Ausgang zu. Als sie aus dem Dämmerlicht der Kirche trat, war sie sichtlich geblendet von der Fülle Lichtes, welches die scheideende Sonne, die sich tagsüber hinter Wolkenhäusern verborgen gehalten hatte, über die Stadt ausgoß. Mit rothflammendem Scheine spiegelte sie in den Fenstern, sie wob ein goldschimmerndes Netz um die Thürme und um die Spitzen der hochragenden Giebel. Und plötzlich hielten die Glocken mit gewaltigem ehemaligen Schläge eingezogen und hielten ihren Schall über die Häuser, die Gassen und Plätze gesandt — und wer ihre Stimmen zu deuten wußte, dem verkündeten sie die fröhliche, selige, gnadenbringende Pfingststern.

Langsam, wie ein Traume war Margareth dahin gewandelt. In ihren Augen lag ein seltjes Leuchten, und die Wangen waren von rosigem Schimmer überhaucht. War's der Widerchein der untergehenden Sonne, oder kam es daher, weil die Hoffnung sich ihr nahle, jene holde Trosterin, die den Menschen aus den dunkelsten Tiefen emporzuheben vermag, und

der Herr Staatssekretär hier gehalten hat. Nachfolge findet bei allen deutschen und preußischen Staatsbehörden. Was speziell Danzig betrifft, überlassen Sie uns den Kampf unter einander selbst, wir werden dort mit den Sozialdemokraten und auch mit den Herren von der conservativen Partei zugleich fertig werden. (Beifall und Heiterkeit.)

Abg. Frhr. v. Stumm (Reichsp.) führt aus, der Tagesbesuch in Danzig habe doch offenbar nur als guter Rat an die Werstarbeiter gegolten. Hauptsächlich habe der Staatssekretär mit seinen Erklärungen nicht etwa die Mäßigung einzelner Ausführung des Tagesbefehls über die Sozialdemokratie aus sprechen wollen. Redner polemisierte jedoch gegen die Sozialdemokratie.

Diesen Ausführungen tritt Abg. Molkenbuhr (Soc.) entgegen, der sich dann auch über die Lohnverhältnisse der Werstarbeiter äußert.

Contre-Admiral Büchel sucht ziffernmäßig darzuthun, daß die Verwaltung gestützt auf den Kaiserbefehl von 1890, ihr Möglichstes thun wird, um die Arbeiter zu Frieden zu stellen; von einem Spitzelwesen auf den Werften, wovon der Vorredner gesprochen hat, wissen wir nichts.

Abg. Werner (Deutsche Reformpartei). Böffermann (nat.-lib.). Gröber (Centr.) erklärte namens ihrer Fraktionen ihr vollständiges Einverständnis mit der Stellungnahme des Staatssekretärs Tschirp.

Abg. Ricker: Na, m. g. so schlimm mit der Wahlklausur wird es wohl nicht werden (Heiterkeit); waren wir erst die Prüfung der Commission ab. Nicht jede Aeußerung eines Beamten bei der Wahl ist unzulässig; wenn z. B. die Beamten der Thatsache widersprechen, wie es bei uns in Danzig geschehen ist, daß hunderte von Werstarbeitern entlassen werden würden, so ist das nicht unzulässig. Einen wohlmeintenden Rath kann man einen Tagesbefehl — und so heißt es ausdrücklich — den Erlass des Oberwerftdirektors nicht nennen. Die Ansicht des Reichstags hat allerdings über die Rechte des privaten Arbeitgebers gewechselt, aber über die Wahlbeeinflussungen von Beamten niemals. Vom Grafen v. Schwerin an, der solche Beeinflussungen von Beamten für ungültig erklärt, bis in die neueste Zeit hat der Reichstag beratige Wahlen, wenn ein erheblicher Einfluß auf die Stimmenzahl damit erwiesen wurde, kastiert. Ich will hier Herrn v. Stumm einen Zeugen dafür anführen, den er wohl gelten lassen wird, den „kleinen Kölle“, den jüngsten Oberpräsidenten von Schleswig-Holstein, unseren früheren Kollegen. (Heiterkeit.) Er hat als Mitglied der Wahlprüfungs-Commission ein Wahlbüchlein herausgegeben, worin er ausdrücklich vor Beeinflussungen durch Beamte bei Strafe der Entfernung der Wahl warnt. Auf die Frage des Abg. Molkenbuhr über die Arbeitslöhne kann ich heute nicht näher eingehen, ich lehne es aber nicht ab, es zu thun, sobald die neueste Statistik vorliegt. Auch ich habe in dieser Beziehung Wünsche der Arbeiter aussprechen gehört. Alles was zu wünschen ist in dieser Beziehung auch nicht geschehen, ich wünsche nur, der Abg. Molkenbuhr hätte speziell Thatsachen angeführt, dann hätte man discutieren können. Arbeitserlässungen sind bei uns, so viel ich weiß, in letzter Zeit in erheblicher Zahl nicht vorgekommen. Von einer Spitzelwirtschaft, die auch mir verhaft ist, habe ich auf der Danziger Werft nichts gehört. Ich hoffe mit den Regierungsvertretern, daß es der Marinewerft gelingen möge, die Arbeiter auf den kaiserlichen Werften zufrieden zu stellen.

Abg. v. Altkönigsworm (cons.) findet den Erlass des Oberwerftdirectors v. Wietmars nur in der Form verfehlt, aber insfern berechtigt, als er sich gegen die revolutionäre, antimonarchische Partei richtet. Im weiteren Verlaufe der Staatsberatung treten die Abg. Ricker und Hänel (frei. Vereinig.) für die Verbesserung des Gehaltsverhältnisse verschiedener Kategorien der Werftbeamten ein. Morgen findet die Berathung des Seidenzoll-Antrages des Abg. Bachem (Centr.), des Staats für Alauškou und des Postetats statt.

Politische Uebersicht.

Danzig, 31. Januar.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 30. Januar.

Im Abgeordnetenhouse entspann sich heute beim landwirtschaftlichen Staats eine ausgedehnte Debatte über die Lage der Landwirtschaft.

Nach der Rede des Abg. v. Erffa (vergl. die gestrige Nummer) erklärte der Landwirtschaftsminister Frhr. v. Hammerstein u. a.: Die Vorlegung eines neuen Wahlgesetzes sei für diese Session nicht zu erwarten. Bezuglich der Frage einer Verunreinigung der Wasserläufe seien die Oberpräsidenten angewiesen, Entwürfe von Polizeiverordnungen einzureichen. Die im Reichstage gemachte Zusage bezüglich des Schutzes der Landwirtschaft gegen Viehseuchen werde er in vollem Umfang einlösen. Den Gefahren, welche der deutschen Zuckerproduktion drohen, werde man durch Hebung des Verbrauches, ferner durch internationale Abschaffung der Zuckerausfuhrprämien und eventuell durch wirksame Ermäßigung der inländischen Consumsteuer entgegen treten. An der Discussion beeilten sich ferner die Abg. Krüger (frei. Volksp.), Graf Strachwitz (Centr.), v. Erffa (cons.), Frhr. v. Egnatius (Centr.), v. Sanden (nat.-lib.) und Ehlers (frei. Vereinig.). Letzterer wies nachdrücklich die Vorwürfe gegen die Freisinnigen zurück, daß sie kein Herz für die Landwirtschaft hätten, und präzisierte dann die Stellung einer Freunde zur Fleischnot und zur Zuckersteuer.

Berlin, 31. Januar.

Im Abgeordnetenhouse wurde heute die Berathung des landwirtschaftlichen Staats fortgesetzt. Vom Regierungsrath wurde dabei bezüglich der Ermäßigung der Obsttarife erklärt, daß die Verhandlungen darüber zu einem endgültigen Ergebnis noch nicht geführt hätten. Es bestanden Meinungsverschiedenheiten darüber, ob die Ermäßigung der Obsttarife im Wege der Ausnahmetarife oder im Wege der Detarifirung erfolgen sollte. Die Frage sei zur nochmaligen Berathung an den ständigen Ausschuß des Landesseitenbahnrathes zurückgeworfen worden. Bei dem Titel Ministergehalt fordert Abg. Gamp (frecons.) rücksichtlose Grenzsperrre.

Landwirtschaftsminister v. Hammerstein wiederholte auf Anregung des Vorredners die gestrige Ausführung, daß der Wahrerichtsentwurf dem hause so rechtzeitig vorgelegt werden soll, daß eine eingehende Aribitration möglich ist.

Abg. Mendel-Steinfels (cons.) kündigt für die dritte Sitzung eine Resolution an, welche für den nächsten Staats die Erhöhung der Forderungen für die Zwecke der Landeskultur verlangt.

Die Autorität der dänischen Ausweisungen. Oberpräsident v. Kölle hat sich, wie erinnerlich, im November v. J. dem Mitarbeiter der Kopenhagener „Politiken“, Herrn Henric Camling, gegenüber darüber lustig gemacht, daß die Presse die Ausweisungsmethoden aus Nordjütland auf Miquels Politik, auf Befehle aus Berlin, Rache für Wahlneriedergänge u. s. m. zurückgeführt habe. „Dies alles, sagte er, ist Erfindung der deutschen Blätter, die niemals Bescheid wissen. Nein, die Ausweisungen sind von den Amtsmännern auf meinen Befehl und aus nachstehenden Gründen erfolgt.“ Er schilderte dann die Beobachtungen, die er seit seiner Ernennung zum

Oberpräsidenten gemacht habe und fuhr fort: „Dem mache ich nun ein Ende. Die Ausweisungen bedeuten also nichts anderes, als den wirklichen Beginn meiner Präsidentschaft.“

Am Tage nach der Verhandlung der Interpellation Barth im Abgeordnetenhaus hat Minister v. Miquel denselben Berichtsteller der „Politiken“ empfangen. Diesem erklärte er: „Theilen Sie der dänischen Oeffentlichkeit mit, daß dasjenige, was in den letzten Monaten in Nordjütland geschehen ist, unter meiner Verantwortung geschah. Es ist nicht die Rede von einer Laune oder einem Einsatz, sondern von einem ernstlich überlegten Plane, der ursprünglich v. Kölle zusgeschrieben ist.“ u. s. w.

Wieder anders erklärte der Minister des Innern bei der Beantwortung der Interpellation Barth Folgendes: „Gegenüber dieser besonders in den letzten Jahren gesteigerten Agitation, gegenüber der immer größer werdenden Beunruhigung der deutschen Bevölkerung mußten die competenten Behörden auf eine Verstärkung der Abwehrmaßregeln bedacht sein, und es ist dann noch eingehenden Erwägungen, zu welchen die Lokalbeamten, in erster Linie die Landräthe, zugezogen sind, im Herbst vorigen Jahres neben anderen Maßnahmen, die hier zunächst nicht interessieren, beschlossen worden, in besonders schweren, gravierenden Fällen dänischer Agitation durch Inländer das bei diesen in Dienst stehende Gesinde, Lehrlinge, Gehilfen und Arbeiter auszuweisen.“

Was sagt nun Herr v. Kölle?

Zweifelhaftes Heilmittel.

Den unerquicklichen Zustand, daß der Reichstag neuerdings wieder bei sehr schlechter Bezeichnung tagt, nachdem die Fluth, die in den ersten Tagen der Session herrschte, sich verlaufen hat, führt die „Kreuzig.“ darauf zurück, daß z. B. bei der Berathung des Staats des Reichsamts des Innern „gemeint ist dabei die fünf- oder sechstägige Debatte über die Socialpolitik — die Redner fast ausnahmslos in „ollen Kamellen“ geschwängt hätten. Dass die Debatte nicht unerheblich hätte abgekürzt werden können, ist richtig; aber der beschlußfähige Reichstag ist ganz außer Stande, die Debatte zu beschränken, da jeder Schlussantrag von den Sozialdemokraten mit einem Auszählungsantrag beantwortet werden würde. Dass diesen Missständen durch Erweiterung der Präsidialgewalt und Heraushebung der Beschlussoffenziffer (aus 100 statt 199), wie die „Kreuzig.“ empfiehlt, abgeholfen werden könnte, bezweifeln wir bis auf weiteres. Jedenfalls würde durch dieses „Heilmittel“ das Interesse für die Verhandlungen nicht gerade reger werden.

Die Nichtbestätigung des Berliner Oberbürgermeisters.

Landrat v. Rothe in Wanzeleben hat in seinem Toast beim Kaiseressen die bisherige Nichtbestätigung des Berliner Oberbürgermeisters auf die eigenste Initiative des Kaisers zurückgeführt. Es sei überhaupt wahrscheinlich, daß Herrn Hirschlers Wahl nicht bestätigt werden würde, da die bekannten Beschlüsse der freisinnigen Stadtvertretung über die Ehrung der Märtyrgefallenen den Kaiser sehr verstimmt hätten und diese den Hauptgrund für die vermeigerte Bestätigung bildeten. Obgleich Landrat v. Rothe ein Better des früheren Oberbürgermeisters v. Rothe ist, so scheint diese Darstellung wenig glaubwürdig. Jedenfalls steht dieselbe mit der Begrüßung, welche der Kaiser bei seiner Rückkehr von der Orientreise Herrn Hirschler zu Theil werden ließ, nicht im Einklang. Darauf, daß Minister von der Recke den Zusammhang zwischen der beabsichtigten Ordnung des Friedhofs der Märtyrgefallenen und der Bestätigung des Oberbürgermeisters im Abgeordnetenhaus in Abrede gestellt hat, ist weniger Wert zu legen.

Revision und Revisionsgesetz.

Der französische Ministerpräsident Charles Dupuy hat jetzt, wie es scheint, müde der wochenlangen Verstreuung, die Maske abgelegt, durch die er bisher selbst Miftrausche in den Wahn zu weigen wußte, es sei ihm Ernst darum, der Revision des Dreyfus-Prozesses völlig freie Bahn zu lassen. Mit dem gestern eingebrachten Gesetzentwurf, der die Aburtheilung der Revisionsfach der Strafkammer des höchsten Gerichtes entzieht und den vereinigten drei Kammern dieses Gerichtes zuweist, hat sich Dupuy so ziemlich in den Dienst der Generalstaatspartei gestellt und zum Vollstrecker der Willungen des Herrn Quesnay de Beaurepaire gemacht. Das Gelegenheitsgesetz hat nur den Zweck, die mit der Dreyfusrevision betrauten Strafkammern in Mifcredit zu bringen und die Revision ins Unabsehbare zu verschleppen. Es ist das ein in der Rechtsgelehrte überaus ungewöhnlicher Vorgang. Die Folgen für die Republik sind noch nicht abzusehen, daß aber eine übermalige Verwirrung des öffentlichen Geistes nicht günstig wirken kann, liegt auf der Hand. Und die französische Deputiertenkammer, deren Haltlosigkeit im Verlauf der Dreyfusangelegenheit schon manchmal zu Tage getreten ist, scheint Herrn Dupuy auf seiner neuen Bahn folgen zu wollen. Ueber den Verlauf der gestrigen Kammerberatung ist Folgendes zu berichten:

Paris, 30. Jan. In der Kammer brachte der Justizminister Lebrecht einen Gesetzentwurf ein, wonach die Revisionsfach von den vereinigten Kammern des Cassationshofes abgeurtheilt werden sollen.

Lebrecht verlangte die Ueberweisung des Gesetzentwurfs an eine Commission, die bereits mit der Prüfung ähnlicher Anträge betraut ist, und verlas sodann unter lautloser Stille im Saale den Motiven-Bericht zum Gesetzentwurf, worin betont wird, daß es sich nicht um ein Gelegenheitsgesetz handele, sondern vielmehr um ein Gesetz, welches zur Notwendigkeit geworden. Das Gesetz werde dazu dienen, allgemeine Verhüting im Lande herbeizuführen. Lebrecht verlangte schließlich nochmals Ueberweisung des Gesetzentwurfs an die bereits eingeführte Commission.

Deputierter Berry sagte, die Kammer kenne die Gründe nicht, welche die Regierung zur Einbringung der Vorlage veranlaßt hätten, deshalb sei er notwendig, daß die Ergebnisse der Untersuchung Mazeaus amlich veröffentlicht würden. (Beifall.)

Minister des Innern Dupuy erwiderte, er wolle nicht, daß die Kammer in Unkenntniß der Sachlage ihre Entscheidung traffe, er wolle Klärheit und werde deshalb der Commission in ihrer ersten Sitzung die gesamten Acten der Untersuchung zustellen. (Beifall.) Redner forderte die Kammer auf, die Berathung des Budgets fortzuführen. (Beifall.)

Deputierter Massabau (Nationalist) äußerte seine Verwunderung darüber, daß die Criminalkammer die Prüfung der Revision forstet. (Widerspruch links.) Deputierter Millerand warf der Regierung vor, daß sie den Gang der Justiz unterbreche. Daraus, daß die

Angelegenheit in die Hand der Kammer gelegt werde, folge, daß es künftig unmöglich sei, der Oeffentlichkeit etwas vorzuenthalten. Man werde alles veröffentlichen müssen. (Beifall auf der äußersten Linken.) Misslichkeiten, welche, wie es hier, zwischen dem Justizminister und der Criminalkammer bestanden hätten, könnten nicht mehr vorhanden sein. (Beifall auf der äußersten Linken.)

Minister des Innern Dupuy erwiderte, die Commission werde unbeschrankt Vollmacht haben, die Veröffentlichung der Untersuchungsergebnisse zu verlangen. Die Regierung werde sich nicht widersetzen. Was Misslichkeiten anbelange, wovon Millerand gesprochen, so gebe es solche nicht. Wenn die Kammer die Vorlage annähme, so werde es sich als nothwendig erweisen, allen Räthen des Cassationshofes die Untersuchungsergebnisse mitzuteilen.

Nach der Rede Dupuys forderte der Nationalist Faure die Verweisung der Vorlage an eine besondere Commission, und sagte, die Mitglieder der Criminalkammer des Cassationshofes, welche verdächtigt seien, dürften an der Entscheidung über die Revision nicht Theil nehmen. (Widerpruch und lebhafte Bewegung.) Lebrecht erwiderte, die Schlußfolgerungen der Untersuchung berührten die Ehrenhaftigkeit und Aufrichtigkeit der Richter nicht. (Bewegung auf verschiedenen Bänken.) Der Antrag auf Verweisung der Vorlage an eine besondere Commission wurde hierauf mit 346 gegen 189 Stimmen abgelehnt. Dieselbe in dem nach der bestehenden Commission überwiesen. Hierauf schritt die Kammer zur Weiterberatung des Budgets und genehmigte das Budget des Inneren.

Eine Volksversammlung, welche von den überrepublikanischen Gruppen der Kammer einberufen war und vor der Sitzung der Kammer stattfand, beschloß, den etwaigen Antrag auf sofortige Berathung des von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurfs zu bekämpfen und die Überweisung derselben an die zur Prüfung ähnlicher Anträge eingesetzte Commission zu verlangen.

Die Commission der Depulitzenkammer, an welche die Vorlage betreffend den Cassationshof gestern verwiesen wurde, wird heute zusammengetreten, den Justizminister Lebrecht hören und die Atenstücke über die Enquête betreffend den Cassationshof in Empfang nehmen. Mehrere Mitglieder der Commission wollen verlangen, daß die beschuldigten Justizbeamten von der Commission verhört werden.

Der ursprüngliche, von dem Ministerrat in seiner Sitzung am Sonnabend festgesetzte Gesetzentwurf betreffend die Aburtheilung von Revisionsfällen ist übrigens dahin geändert worden, daß an Stelle der Bestimmung, nach welchem die Aburtheilung dem ganzen Cassationshofe nur in bestimmten Fällen übertragen werden soll, die Bestimmung tritt, daß die Aburtheilung in allen Fällen dem Cassationshofe zu übertragen ist.

Millerand hat angekündigt, daß er bei der Berathung des Budgets eine Forderung auf Erhöhung der Credite der Nationaldruckerei einbringen werde, weil der Justizminister Lebrecht für die Ablehnung der von der Criminalkammer verlangten Drucklegung aller in der Revisionsenquête abgegebenen Zeugenaussagen Erbspitzerrücksichten geltend gemacht habe.

Esterhazy wurde gestern wiederum von der Criminalkammer des Cassationshofes vernommen. Es heißt, Esterhazy habe die Absicht, mit Rückblick auf den von der Regierung eingebrachten Gesetzentwurf es abzulehnen, noch weitere Aussagen vor der Criminalkammer zu machen, und wollte verlangen, von allen Kammern des Cassationshofes gemeinsam vernommen zu werden.

Paris, 31. Januar. In den Wandelgängen der Kammer verlautet, Poincaré sei entschlossen, den Gesetzentwurf auf Abänderung des Artikels 445 der Strafprozeßordnung zu bekämpfen und Bourgeois habe erklärt, er werde allen seinen Freunden anrathen, diesen Gesetzentwurf abzulehnen, wenn nicht der Bericht Mazeaus die absolute Notwendigkeit desselben beweise. Aber in diesem Falle müsse man auf dem Wege der Umwälzung, den man zu beschreiten scheine, bis zum Ende gehen und Maßnahmen gegen die beschuldigten Justizbeamten ergreifen, die die Regierungsvorlage nicht in sich schließe.

Paris, 31. Jan. Die französische „Liga zur Vertheidigung der Menschen- und Bürgerrechte“ veröffentlicht ein Manifest, in welchem die Aburtheilung der Revisionsfach der Strafkammer des höchsten Gerichtes entzieht und den vereinigten drei Kammern dieses Gerichtes zuweist, hat sich Dupuy so ziemlich in den Dienst der Generalstaatspartei gestellt und zum Vollstrecker der Willungen des Herrn Quesnay de Beaurepaire gemacht. Das Gelegenheitsgesetz hat nur den Zweck, die mit der Dreyfusrevision betrauten Strafkammern in Mifcredit zu bringen und die Revision ins Unabsehbare zu verschleppen. Es ist das ein in der Rechtsgelehrte überaus ungewöhnlicher Vorgang. Die Folgen für die Republik sind noch nicht abzusehen, daß aber eine übermalige Verwirrung des öffentlichen Geistes nicht günstig wirken kann, liegt auf der Hand. Und die französische Deputiertenkammer, deren Haltlosigkeit im Verlauf der Dreyfusangelegenheit schon manchmal zu Tage getreten ist, scheint Herrn Dupuy auf seiner neuen Bahn folgen zu wollen. Ueber den Verlauf der gestrigen Kammerberatung ist Folgendes zu berichten:

Paris, 31. Jan. Die französische „Liga zur Vertheidigung der Menschen- und Bürgerrechte“ veröffentlicht ein Manifest, in welchem die Aburtheilung der Revisionsfach der Strafkammer des höchsten Gerichtes entzieht und den vereinigten drei Kammern dieses Gerichtes zuweist, hat sich Dupuy so ziemlich in den Dienst der Generalstaatspartei gestellt und zum Vollstrecker der Willungen des Herrn Quesnay de Beaurepaire gemacht. Das Gelegenheitsgesetz hat nur den Zweck, die mit der Dreyfusrevision betrauten Strafkammern in Mifcredit zu bringen und die Revision ins Unabsehbare zu verschleppen. Es ist das ein in der Rechtsgelehrte überaus ungewöhnlicher Vorgang. Die Folgen für die Republik sind noch nicht abzusehen, daß aber eine übermalige Verwirrung des öffentlichen Geistes nicht günstig wirken kann, liegt auf der Hand. Und die französische Deputiertenkammer, deren Haltlosigkeit im Verlauf der Dreyfusangelegenheit schon manchmal zu Tage getreten ist, scheint Herrn Dupuy auf seiner neuen Bahn folgen zu wollen. Ueber den Verlauf der gestrigen Kammerberatung ist Folgendes zu berichten:

Paris, 31. Jan. Auf Veranlassung des Staatschefs und des Landmarschalls fand eine Prüfung des Standes der galizischen Sparkasse statt, wobei festgestellt wurde, daß bedeutende Verluste für die Sparkasse zwar unvermeidlich sind, jedoch in den Reserven vollständige Deckung finden, so daß die Spareinlagen gänzlich unberührt bleiben. Der gegenwärtige Director der Sparkasse tritt zurück.

Ruhland. Warschau, 31. Jan. Fräulein Dr. med. Burbon, aus Ruhland gebürtig und bisher am Sanatorium „Weißer Hirt“ zu Dresden beschäftigt, wurde beim Betreten der russischen Grenze verhaftet und in die Citadelle von Warschau abgeführt.

Deutsches Reich.

Berlin, 31. Jan. Gestern Abend fand eine von der deutschen Friedensgesellschaft einberufene zahlreiche befugte Versammlung statt, wo Bertha v. Suttner einen längeren Vortrag hielt. Die Versammlung beschloß, eine Petition an den Reichstag zu richten, dahingehend, Deutschland möge auf der Friedenskonferenz namentlich für Errichtung der internationalen Schiedsgerichte eintreten. Die Versammlung sprach sich dafür aus, nach dem Vorbilde des Münchener Comités ein ähnliches Comité in Berlin zu bilden, zumal eine große Anzahl hervorragender Persönlichkeiten sich bereit erklärt habe, den Münchener Aufruf zu unterstützen.

* [Über ein schnelles Avancement] berichtete Landrat v. Rothe in Wanzeleben auf dem diesjährigen Kaiseressen. Als der Kaiser sich am 24. Januar zur Parade nach Hannover begab, die bekanntlich dem jährl. Armeekorps so viel Ehre brachte, bemerkte ein Herr in ferner Begleitung, der Oberstallmeister v. Wedell, im Hofzuge in seinem Abtheil eine Uniform des Königs-Ulanen-Regiments (Hannover), das bekanntlich aus dem früheren hannoverschen Garde du Corps-Regiment hervorgegangen ist. Herr v. Wedell hatte vor 1866 bei jenem Regiment als Premierleutnant gestanden, war dann abgegangen, Oberstallmeister in Weimar gewesen und schließlich nach Berlin in der selben Eigenschaft gekommen. Herr v. Wedell sprach seine Bewunderung über die Uniform zu seiner Umgebung aus, die ihm dann bedeutete, er möge doch Majestät darnach fragen. Und was er

Bulgarien.

Sofia, 30. Jan. Die Fürstin ist von einer Prinzessin entbunden worden; dieselbe wird den Namen Nadeschda erhalten. Die Prinzessin Nadeschda ist das vierte Kind, das aus der Ehe des Fürsten Ferdinand mit der Prinzessin Marie Louise von Bourbon-Parma hervorging. Außerdem Erbprinz Boris bleibt es noch einen männlichen Nachkommen, den im Jahre 1895 geborenen Prinzen April, und eine Prinzessin, Gudogia, die im Januar vorigen Jahres das Licht der Welt erblickte.)

Danziger Lokal-Zeitung.

Danzig, 31. Januar.
Wetteraussichten für Mittwoch, 1. Februar, und zwar für das nordöstliche Deutschland: Meist bedeckt. Nebel. Niederschläge, teils milde.

* [Geheimrat Kolbe f.] Wenige Monate nach dem Rücktritt von seiner langjährigen Beamten-Laufbahn ist am Sonnabend Nachmittag in Berlin der bisherige Provinzial-Steuerdirektor der Provinz Westpreußen, Herr Geh. Ober-Finanzrat Maximilian Kolbe dem Leiden erlegen, das ihn im Herbst v. J. nöthigte, seinem heissen Posten zu entsagen und sich in den Ruhestand zurückzuziehen. Herr Kolbe, früher Reichsbevollmächtigter für Steuerangelegenheiten in Dresden, wurde von dort als Ober-Regierungsrath zur Provinzial-Steuer-Direktion in Danzig versetzt, wo er im Februar 1890, als Nachfolger des Herrn Geh. Ober-Finanzrat Girth, zum Provinzial-Steuer-Direktor mit dem Titel Geh. Finanzrat ernannt wurde. Während seiner über achtjährigen Thätigkeit wurde ihm der Titel Ober-Finanzrat und beim Ordensfeste im vergangenen Jahre der rothe Adlerorden 2. Klasse verliehen. Ein Rückenmarkleiden veranlaßte Herrn Kolbe schon im Sommer des vergangenen Jahres, einen längeren Urlaub zu nehmen und am 1. Oktober mußte er in dem noch rüstigen Alter von 60 Jahren in den Ruhestand treten. Er verlegte dabei seinen Wohnsitz nach Berlin, wo er Grundbesitz hatte. Die Gövne des Versorbenen haben sich dem Offizierstand gewidmet und eine Tochter derselben ist an den jetzigen Landrat Herrn Büchting, früher Regierungs-Assessor in Danzig, verheirathet.

* [Zur Einführung des bürgerlichen Gesetzbuches] hat unser Mitbürger Herr Landgerichtsrat Heinrich Rosenthal jetzt einen verdienstvollen größeren literarischen Beitrag geliefert. Vor uns liegt ein statlicher Band mit dem Titel „Das Bürgerliche Gesetzbuch nebst dem Einführungsgesetz mit gemeinhändlichen Erläuterungen unter besonderer Berücksichtigung der Rechtsverhältnisse des täglichen Lebens und mit Hinweisen auf die Nebengesetze sowie einem Sachregister, herausgegeben von Heinrich Rosenthal“, das bei Gustav Köthe in Graudenzen erschienen ist. Das Buch stellt sich die Aufgabe, namentlich den Nicht-Juristen zur Einführung in das neue Recht als bequeme Handausgabe zu dienen. Der Prospect enthält eine große Anzahl von Aufschriften nicht bloß von höchsten Provinzial-Justizbehörden, Richtern, Rechtsanwälten, höheren Verwaltungsbeamten, sondern auch aus den Kreisen der Gerichtsschreiber-Beratern und Bureauvorsteher der Rechtsanwälte, welche die praktische Brauchbarkeit des Buches für die Erreichung seines Zweckes mit höchst anerkennenden Worten bestätigen. Es wird darin von den die Grundgedanken der verschiedenen Gesetzesabschnitte darlegenden allgemeinen Vorbemerkungen und den Erläuterungen zu den einzelnen Paragraphen „die schlicht bürgerliche Sprache mit Beispielen aus dem Leben ohne Beimischung endloser Belegstellen“, die „Ausgiebigkeit der Anmerkungen“ gerühmt. Namentlich aber ist hervorzuheben die – bisher in keiner anderen Ausgabe erfolgte – reichliche Verwendung verschiedener Druckschriften, wodurch schon für das Auge die Übersicht über den Gesetzesbestand und die Unterscheidung des Wichtigeren vom weniger Wichtigen in überraschender Weise erleichtert wird, ein nicht zu unterschätzendes Hilfsmittel zum Verständnis des Gesetzes, oft wirksamer als belehrende Größerungen. Die Ausgabe kann dem großen Publikum, welches zur Erledigung seiner Angelegenheiten der Kenntnis des neuen Rechtes bedarf, als wertvoller und höchst brauchbarer Führer empfohlen werden.

* [Zum Vorortverkehr Danzig-Zoppot.] Auf die kürzlich von einer Anzahl Bewohner von Danzig, Langfuhr und Oliva der hiesigen Eisenbahndirection vorgelegten Petitionen um Vermehrung der zwischen Danzig und Zoppot verkehrenden Jüge durch Einlegung eines Juges aus Danzig etwa um 12.15 oder 12.20 Mittags, und einer solchen aus Zoppot etwa um 1.25 oder 1.30 hat die genannte Direction den Bescheid ertheilt, daß ein Bedürfnis zur Vermehrung der Zugverbindungen auf einer Strecke für den Winter zur Zeit wenigstens nicht anerkannt werden könnte. Ob für den Sommer das Bedürfnis ein höheres ist, soll dadurch festgestellt werden, daß in der Zeit vom 1. Juni bis Ende September d. J. ein Zugpaar verkehren soll: aus Danzig 12.05, in Zoppot 12.25 Mittags, und aus Zoppot 1.25, in Danzig 1.55 Mittags. Eine Früherlegung der Abfahrtzeit dieser Jüge ist nicht thunlich, da alsdann der ganze Vorortfahrsplan geändert werden müßte.

* [Freisinnige Volkspartei.] Die „Frei. Dtg.“ berichtet heute: In Danzig ist am Donnerstag in Anwesenheit von Vertrauensmännern aus den Reichstagswahlkreisen Danzig Stadt und Danzig Land ein Verein der Freisinnigen Volkspartei in Danzig gebildet worden. Der Vorstand des neuen Vereins besteht aus den Herren Rechtsanwalt Keruth, Vorstehender, Hofbesitzer Dau-hohenstein,stellvertretender Vorstehender, Rechtsanwalt Thun, Schrift- und Rassentührer, Hofbesitzer Peters-Nickelswalde, Kaufmann Hardtmann, Kettner Lange, Uhrmacher Rammerer jun., Beißer.

* [Von der Weichsel.] Der seit Sonntag Abend eingetretene Frost hat im ganzen Weichelsee wieder neue Grundeisbildungen im Gefolge gehabt. Aus Thorn und Culm wird heute gemeldet, daß in der halben Breite mehr oder minder dichtes Grundeistreichen herrscht, so daß der Traject nur sehr vorsichtig bewältigt werden kann. Auch in der Nogat herrscht, wie man uns aus Marienburg meldet, seit gestern wieder neues Eisstreichen.

* [Die Liste der Kriegsschiffe] beim Reichsmarineamt hat eine wesentliche Umgestaltung in der Anordnung erfahren. Sie ist jetzt in neun Abteilungen gegliedert. Die früheren Panzerschiffe 1., 2. und 3. Klasse sind unter „Linienschiffe“ subsumiert, die der 4. Klasse unter „Äußerenpanzerträger“. Die Rubrik „Panzerkanonenboote“ ist mit 18 Schiffen unverändert geblieben. Die Kreuzer, die früher in 4 Unterabteilungen zerstießen, sind jetzt in zwei Abteilungen „Große und Kleine Kreuzer“ zerlegt. Unter die „großen“ sind die bisherigen Kreuzer 1. Klasse und von denen 2. Klasse: „Kaiserin Augusta“, „Freya“, „Victoria Luise“ und „Hertha“ aufgenommen. Es geht demnach jetzt 8 große und 22 kleine Kreuzer. Unter den leichten zählen auch die früheren Avisoos.

* [Geschenk.] Für die Mitglieder des internationalen Geographen-Congresses, der im September unsere Stadt besucht, hat auch Herr Buchhändler Bertling 100 Exemplare der in seinem Verlage erschienenen farbigen Stadtpläne dem Lokal-Comité in Danzig zur Verfügung gestellt.

* [Artilleristische Ausrüstung neuer Kriegsschiffe.] Zur Beratung über die artilleristischen Einrichtungen auf den Schiffen neu gebauten, welche auf der kais. Werft und auf der Schichau-Werft in Dresden, wurde von dort als Ober-Regierungsrath zur Provinzial-Steuer-Direktion in Danzig versetzt, wo er im Februar 1890, als Nachfolger des Herrn Geh. Ober-Finanzrat Girth, zum Provinzial-Steuer-Direktor mit dem Titel Geh. Finanzrat ernannt wurde. Während seiner über achtjährigen Thätigkeit wurde ihm der Titel Ober-Finanzrat und beim Ordensfeste im vergangenen Jahre der rothe Adlerorden 2. Klasse verliehen. Ein Rückenmarkleiden veranlaßte Herrn Kolbe schon im Sommer des vergangenen Jahres, einen längeren Urlaub zu nehmen und am 1. Oktober mußte er in dem noch rüstigen Alter von 60 Jahren in den Ruhestand treten. Er verlegte dabei seinen Wohnsitz nach Berlin, wo er Grundbesitz hatte. Die Gövne des Versorbenen haben sich dem Offizierstand gewidmet und eine Tochter derselben ist an den jetzigen Landrat Herrn Büchting, früher Regierungs-Assessor in Danzig, verheirathet.

* [Westpreußische Heerbuch-Gesellschaft.] Über die Vorstands-Versammlung der westpreußischen Heerbuch-Gesellschaft, die gestern Mittag im Hotel „Danziger Hof“ stattfand, fragen wir noch Folgendes nach:

Den Hauptpunkt der Tagesordnung bildete der schon mitgetheilte Beschluss, das Heerbuch wieder zu öffnen. An der Discussion über diesen Punkt, die zuweilen recht lebhaft war, beteiligten sich hauptsächlich die Herren du Bois-Lukoschin, v. Aries-Trankowit, Vorsteher hr. Grunau-Lindenau, Geschäftsführer Fisch-Generalsecretär Steinmeyer, Wunderlich, Gr. Rogathen und Borowski-Riesenwalde. Herr Reichrat dafür ein, daß das Heerbuch für Bußen nicht zu öffnen sei. Herr Borowski wollte erst festgestellt sehen, ob ein Bedürfnis, das Heerbuch nochmals zu öffnen, wirklich vorliege. Von anderer Seite wurde dann ausgeführt, daß, wenn der Antrag auf Öffnung des Heerbuchs abgelehnt würde, sich jedenfalls eine neue Gesellschaft bilden würde. Dem bereits mitgetheilten Beschluss haben wir nur noch zuzufügen, daß Bullen nur mit der Nachfrage zur Aufnahme gelangen können, wenn sie nachweisbar beiderseits von Heerbuchthieren abstammen. Alte und Felsen werden aufgenommen, wenn sie den im dritten Bande der Gesellschaft festgelegten Bedingungen entsprechen. Das Einrittsgefecht für neu aufzunehmende Mitglieder wurde auf 50 Mk. für Großgrundbesitzer, 25 Mk. für kleinere Besitzer festgesetzt. Zum Schlus entspann sich noch eine Debatte darüber, ob noch vor der demnächst stattfindenden Auction von Buchstücken im hiesigen Schlachthof eine Generalversammlung einzuberufen sei. Es sollen dadurch die Aufnahmen neuer Mitglieder perfect werden, damit diesen dann Gelegenheit geboten wird, sich Buchstücken zu kaufen. Bei der Ortsfrage für diese Versammlung, die im letzten Drittel des Februar stattfinden soll, entzündet sich die Meinung der Anwesenden für Marienburg. – Zum Schlus wurden noch einige unerlässliche Vereinsangelegenheiten erörtert.

* [Petitionen.] Dem ersten Verzeichniß der beim Abgeordnetenhaus eingegangenen Petitionen entnehmen wir die folgenden:
Der katholische Kirchenvorstand in Braunsberg erhebt Beschwerde über die Beerdigung eines Alt-katholiken auf dem dortigen katholischen Kirchhof. – Geschwister Wojewoda in Pelplin bitten um Entschädigung für den Ausfall ihrer Hypothek bei der Zwangsversteigerung einer durch Hochwasser beschädigten Festung. – Johann Janikowski in Sawory (Kreis Garthaus) erbittet paßweise Überlafung eines forstfistakischen Ackerstücks. – Die Fleischer-Innung in Schlochau erbittet Beseitigung der wiederholten Untersuchung von Fleisch, das in einem öffentlichen Schlachthof ausgeschlachtet ist. – Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung von Pillau bitten um andere Vertheilung der Kreisabgaben im Kreis Tschischau. – Schulvorsteher Bach und Genossen in Sembra petitionieren um Errichtung einer eigenen Schule für Sembra. – Hofstecher (Reichstagsabg.) Steinhauer in Obermühle bei Aßeln beantragt andere Vertheilung der Schulläden und Staatsunterstützungen sowie gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht. – Mädchenchuldirektor Centurier u. Gen. in Stargard i. Pomm. u. a. O. verlangen gesetzliche Regelung der Verhältnisse der öffentlichen höheren Mädchenchulen und ihrer Lehrpersonen. – Lehrer Koch u. Gen. in Althüsen i. Pomm. u. a. O. petitionieren um Erhöhung des Gehalts der Landschullehrer. – Schulz u. Gen. civilverpflegungsberechtigte Eisenbahndräkte in Königsberg u. a. O. bitten um entsprechende Anstellung. – Gerichtsvollzieher Nit u. Gen. in Thorn u. a. O. petitionieren um Verbesserung der Einkommens-, Pensions- und Dienstverhältnisse der Gerichtsvollzieher. – Wagenwärter Tischler in Königsberg und Pörschke in Danzig bitten um Gehalts erhöhung für die Wagenwärter. – Besitzer Jankus u. Gen. in Bittkau u. a. O. beantragen Aufhebung des Brückengeldes an der Tilsiter Pontonbrücke und Erziehung derselben durch eine feste Brücke. – Förster a. D. Hassenstein u. Gen. in Tilsit bitten um Pensionserhöhung für die bereits im Ruhestand lebenden Beamten. – Regierungskanzleigehilfen Matthes und Ginnuth in Marienwerder bitten um Förderung zum Landstädter und Anrechnung von Hilfschreiberdienstleistungen.

* [Stadtbibliothek.] Die Benutzung unserer Stadtbibliothek hat im verflossenen Jahre 1898 wiederum in höchst erfreulicher Weise zugenommen und eine Höhe erlangt, wie sie noch in keinem der Vorjahre erreicht worden ist. Die Anzahl der entliehenen Bände betrug: 1893: 4601, 1894: 4979, 1895: 4759, 1896: 4990, 1897: 6673, 1898: 7356.

* [Jubiläen.] Am 1. Februar feiert Herr Güterexpedit Zimmermann von der hiesigen Güterabstiegungsstelle, der bis zum 1. Januar 1898 Stationsvorsteher in Höhenstein (Westpr.) war, sein 25jähriges Eisenbahn-Dienstjubiläum.

Am Sonntag, den 29. d. Mts., beginn der dirigirende Arzt des Krauster-Krankenhaus, Herr Sanitätsrat Dr. Hugo Wiedemann, sein 25jähr. Doctorjubiläum.

* [Gemeinschafts-Conferenz.] Heute Vormittag begannen im Saale des St. Barbara-Gemeindehauses in der Tötengasse die Verhandlungen der „Gemeinschafts-Conferenz“, die zur Erbauung und Förderung des christlichen Lebens gepflogen werden und bis zum 2. Februar dauern sollen. An allen vier Tagen sollen je drei Versammlungen mit Vorträgen über religiöse Themen abgehalten werden.

* [Verwaltungsstreit.] Über eine wichtige Entscheidung des Ober-Verwaltungsgerichts schreibt uns ein Berliner Berichterstatter: Der Magistrat zu Danzig

hatte Frau Baumann A. zu Langfuhr, ähnlich des für sie 1896 ausgesuchten Villenbaus, zu den Kosten für die Anlegung der Blumenstraße in Höhe von 1371 Mk. herangezogen. Der hiergegen noch fruchtbarem Einspruch erhobene Klage gab der Bezirksausschuß statt. Das Ober-Verwaltungsgericht wies aber auf die Revision des Magistrats unter Aufhebung der Vorentscheidung die Klage ab. Letztere hatte u. a. geltend gemacht, daß die Blumenstraße nicht von der Stadtgemeinde Danzig, sondern von der Abegg-Stiftung und dem Kaufmann Miz angelegt worden sei. Dem gegenüber führte der Gerichtshof an der Hand der Magistratsakte aus, daß bei der Anlegung der Blumenstraße nicht nach den die Vorschriften über die Anlage neuer Straßen durch Adjacents und Unternehmer enthaltenen §§ 7 ff. des Ortsstatuts von 1882 verfahren sei, sondern daß die Stadtgemeinde selbst den Ausbau der Blumenstraße als einer öffentlichen städtischen Straße bewirk habe. Der Umstand, daß Herr Kaufmann Miz und der Verwaltungsrath der Abeggischen Stiftung für Arbeitserwähnungen an der Anlegung der Blumenstraße ein besonderes Interesse bekundet hätten und ihre Leistungen über die gesetzlichen und statutarischen Verpflichtungen hinausgegangen wären, sei nicht geeignet, ihnen die Eigenschaft von Unternehmern neuer Straßenanlagen zu verleihen.

* [Der Beamten-Sängerchor], welcher aus Mitgliedern des Danziger Beamtenvereins besteht, hatte gestern Abend im „Kaisersaal“, angeschließend an den wöchentlichen Uebungsabend, eine nachträgliche Kaiser-Geburtstagsfeier veranstaltet, die einen harmonischen Verlauf nahm und recht gut besucht war. Größtenteils wurde der Abend durch die Jubel-Ouvertüre von Weber, von einem Streichquintett mit Klavierbegleitung exact vorgetragen. Dann folgten zwei Männerchöre: „Sei du mit mir“ von Lischirch und „Hohenjollern“ von Dehlschläger. Der Vorsänger, Herr v. Ron, brachte den Kaiserlaß aus. Die Streicher spielten noch den ersten Satz aus dem viersten Streichquartett von Beethoven und später ein humoristisches Polpouri „Soldatenkrieg“ von 1870. Gemeinsam lieber Männerchöre und einzelne Solo-Übertritte füllten den Rest des Abends aus. Den humoristischen Theil hatte Herr Wittchen übernommen, der durch seine geschickten Vorträge die Anwesenden oft zu stürmischer Heiterkeit trieb. Der Abend, an welchem 26 neue Mitglieder (1 aktives und 25 passive) dem Sängerchor beitreten, hat aufs neue bewiesen, daß der leitere über wertvolle künstlerisch gebildete Kräfte verfügt.

* [Standesamtliches.] Im Monat Januar 1898 sind beim hiesigen Standesamt registriert worden: 411 Geburten, 251 Todesfälle und 69 Eheschließungen.

* [Nach dem Jagdschlus.] Es wird darauf aufmerksam gemacht, daß nach § 7 des Gesetzes vom 26. Februar 1870 mit Ablauf von 14 Tagen nach Beginn der Schonzeit für Hirsche, welche vorgestern eingetreten ist, solche, sei es in ganzen Stücken oder zerlegt, nicht mehr zum Verkauf herumgetragen, auch nicht in Läden oder auf Märkten oder sonst auf irgend eine Art zum Verkauf ausgestellt oder seitgelegt werden dürfen. Zu widerhandlungen gegen die vorgenannte Verbotsbestimmung haben nicht nur die Confection des Wildes, sondern auch Bestrafung zur Folge.

* [Feuer.] In dem Hause Langgasse Nr. 76 waren gestern Abend im Lager liegende Vorräthe in Brand gerathen. Von der sofort hingerufenen Feuerwehr wurde das unbedeutende Feuer bald besiegt.

* [Messeraffaire.] Der Arbeiter Julius Groneberg wurde gestern Abend bei Schiditz durch Messerstiche schwer verwundet. Er schleppte sich noch nach seiner Wohnung, mußte dann aber, da die Wunden sehr stark bluteten, noch des Abends per Tragkorb nach dem chirurgischen Stadtlazarett gebracht werden. Die Thäter sind noch unbekannt.

* [Gezeit.] Sehr aufgeregter geriet gestern Abend auf der Straße der Dimmergeselle S. Er war anscheinend stark angegrunken und bedrohte jeden ihm begegnenden Passanten, indem er mit einem Winkel eisen um sich schlug. Es sollen unter anderen drei Damen von ihm verletzt worden sein. Schließlich fand er einen Gegner, der ihn ebenfalls am Kopfe erheblich verletzte. Die hingerufenen Schuhleute verhafteten dann die beiden Kämpfenden, nachdem S. in dem chirurgischen Lazarett verbunden worden war.

Aus den Provinzen.

* [Lauenburg, 30. Jan.] Die conservative Presse entrüstet sich, was wir ihr an sich nicht verargen, über die „verwerflichen Mittel des Boycotts“, welche seitens der Polen und Socialdemokraten in Hinterpommern angewendet sein sollen. Was sagt man nun aber zu dem Seitenstück, das aus dem eigenen Lager von der hiesigen „Lauenburger Zeitung“ berichtet wird. Das genannte Blatt erzählt:

„Im Sommer vorigen Jahres brachten wir in unserer Zeitung die Nit, daß Magistrat und Stadtverordneten-Versammlung von Pillau bitten um andere Vertheilung der Kreisabgaben im Kreis Tschischau. – Schulvorsteher Bach und Genossen in Sembra petitionieren um Errichtung einer eigenen Schule für Sembra. – Hofstecher (Reichstagsabg.) Steinhauer in Obermühle bei Aßeln beantragt andere Vertheilung der Schulläden und Staatsunterstützungen sowie gesetzliche Regelung der Schulunterhaltungspflicht. – Mädchenchuldirektor Centurier u. Gen. in Stargard i. Pomm. u. a. O. verlangen gesetzliche Regelung der Verhältnisse der öffentlichen höheren Mädchenchulen und ihrer Lehrpersonen. – Lehrer Koch u. Gen. in Althüsen i. Pomm. u. a. O. petitionieren um Erhöhung des Gehalts der Landschullehrer. – Schulz u. Gen. civilverpflegungsberechtigte Eisenbahndräkte in Königsberg u. a. O. bitten um entsprechende Anstellung. – Die Tschischerei in einem Theile des Lebastromes für 6 Mk. jährlich gepachtet, diesen Vertrag von jetzt ab gegen Zahlung von nur 2 Mk. jährlich unter der Bedingung fortzuführen, daß der Herr Graf v. d. Osten die Tschischerei nicht ausüben dürfe. Jetzt hören wir, daß der Herr Graf v. d. Osten auf diesen Beschluss sich veranlaßt gesehen hat, seinen Gutsverwaltern resp. Bediensteten den ganz bestimmten Befehl zu ertheilen, von jetzt ab nichts mehr bei Ausleuten resp. Gewerbetreibenden Lauenburgs zu kaufen, welche das Amt eines Stadtverordneten bekleiden. Zur richtigen Verurtheilung dieses Vorganges bemerken wir, daß die städtischen Behörden bei ihrer Beschlusshaltung von der Annahme ausgingen, dem Herrn Grafen v. d. Osten liege ethisch daran, daß nicht andere aus dem Theile des Lebastromes die Tschischerei ausüben. Es wurde daher dem Herrn Grafen v. d. Osten das Angebot gemacht, ihm für den sehr geringen Preis von 2 Mk. jährlich die Tschischerei zu verpachten, jedoch unter der Bedingung, daß er das Pachtrecht nicht ausüben dürfe. d. h. daß zu Gunsten des Herrn Grafen v. d. Osten gegen Zahlung von jährlich 2 Mk. die Ausübung der Tschischerei auf dem betreffenden Theile des Leba ruhe. Die städtischen Behörden glaubten durch ihre Handlungswise dem Herrn Grafen v. d. Osten lediglich entgegen zu kommen.“

Königsberg, 30. Jan. Von einem jähren Tode ereilt wurde im Apollotheater der zu der Kraftgladiatoren- und Equilibristentruppe Brüder Behrmann gehörende 34jährige Artist Otto Behrmann. Derselbe brach während der Vorstellung plötzlich zusammen und war auf der Stelle tot. Es wurde Herzschlag konstatiert.

Rhein, 30. Jan. Nach einer Meldung der „A. Hart. Dtg.“ sollen in dem Aichdorfer Warenpuhn in Rhein beim Schlittschuhlaufen auf dem Dorfbrücke sehr viele Kinder eingebrochen sein. Über zwanzig seien ertrunken. Nähere Einzelheiten fehlen noch.

Pr. Halle, 30. Jan. Der hiesige Kreisthierarzt, Herr W., hatte vor einigen Tagen bei der Section eines tollwütigen Hundes das Unglück, sich die rechte Hand zu verletzen. Obwohl die Wunde nur unbedeutend ist und ihre Disinfektion gleich vorgenommen wurde, ist doch die Möglichkeit einer Übertragung des Sistex nicht ausgeschlossen. Um etwaigen bösen Folgen vorzubeugen, begab sich Herr W. auf Anrathen der Körte nach Berlin, wo er Schwimmsungen gegen Tollwut an sich vornehmen lassen will. (Oberl. Bikkol.)

Insterburg, 30. Jan. [Deutsche Bäckerei in Insterburg.] Der Obermeister der Bäckereiinnung, Herr Brandstädter, erhielt die Tage von seinem

früheren Schülern Fritz Lewelet, welcher zu Zeit bei dem dritten Gebataillon dient, aus Tsinckau (China) einen Brief, in welchem es heißt: „Ich habe mir hier eine Bäckerei angelegt und lieferne Brod für sämliche Offiziere messen. Eine Zeit lang lieferne ich auch der Küche des Prinzen Heinrich Brödchen, und zwar so lange das Schiff „Deutschland“ hier im Hafen lag. Vom Prinzen Heinrich habe ich eine mündliche Anerkennung erhalten, daß ich der Beste wäre, welcher in China schnachhoffe Brödchen backen hat. Es hält hier nämlich sehr

Nur 30 Pfg.

kostet der Danziger Courier für den Monat Februar frei in's Haus.

Nur 20 Pfg.

von den bekannten Abholestellen und von der Expedition abgeholt.

Der „Danziger Courier“ ist somit die **allerbilligste** täglich erscheinende Zeitung.

Bestellungen für Monat Februar werden von den Austrägerinnen angenommen.

Bekanntmachung.

Die Abfuhr des Strafenkehrichts und Haugemülls für den Bezirk der Vorstadt Langfuhr (einfach, Neuholland), sowie die mit in Zusammenhang stehenden Arbeiten, sollen für die zwei Jahre 1. April 1899 bis dahin 1901 an einen Unternehmer vergeben werden. (1250)

Schriftliche, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind verschlossen bis zum

15. Februar d. Js., Mittags 12 Uhr.

an unser Geschäftsbüro (Langgasse 47, 2 Tr.) einzureichen, wobei zu dieser Zeit die Gründung der Angebote in Gegenwart eines erlaubten Beobachters stattfinden wird. Ebendieselbst können auch die Ausführungs-Bedingungen eingesehen werden. Jeder Anbiebende hat die Lehrenswürdigkeit bei Beginn des vorgenannten Termins als für sich verpflichtend durch Namens-Aufschrift anzuerkennen.

Danzig, den 23. Januar 1899.

Der Magistrat.
Trampe. Kosmack.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 25. Januar 1899 ist an bestehender Lage die in Lissia bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns Friedrich Anger ebendieselbst unter der Firma

Friedrich Anger

in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 554 eingetragen.

Graudenz, den 25. Januar 1899.

Königliches Amtsgericht.

(1422)

Erben-Aufruf.

Am 30. Dezember 1898 starb zu Antwerpen Herr Müller, Kaspar Friedrich, Sohn des Herrn Müller, Ernst Friedrich Rudolph, der am 19. Februar 1816 in Paris sich mit Marie Radogende Lorgerie verheirathete.

Die Preumagis-Graben des Verstorbenen sind, väterlicherseits, die Nachkommen, oder mangels Nachkommen die Seitenverwandten der Großeltern des Verstorbenen die Geleute Carl Gottlob Müller und Caroline Wilhelmine Müller. — Carl Gottlob Müller, geboren um 1758 und gestorben gegen das Jahr 1813, war bei seinem Leinenfabrikant in Groß-Glogau, assiziert mit seinem Bruder Kaspar Samuel Müller unter der Firma „Gebildete Müller“. — Die Witwe des Carl Gottlob Müller, geborene Caroline Wilhelmine Müller etablierte sich in Lissa, und starb dasselbe am 25. April 1835. Aus dieser Ehe entstiegen fünf Kinder:

1. Müller, Ernst Friedrich Rudolph, der Vater des Verstorbenen;

2. Müller, Henriette, welche in Lissa Herrn Koller ehelebte und einen Sohn, Robert Koller, erhielt;

3. Müller, Charlotte, welche in Goldberg mit Herrn Gentius Drogerei-Pfeiffer, verheirathete;

4. Müller, Carl, Bankier in Posen, und

5. Müller, August, beim Garde-Regiment der „Totenkopfhusaren“ und später Staatsbeamter in Thorn.

Die sich an dem Nachlass des Herrn Kaspar Friedrich Müller erbberechtigt glaubenden Personen werden erachtet, sich in das Notariat des Herrn F. Gheysens, rue du Margrave, 12, Antwerpen (Belgien) melden zu wollen.

Freiwillige Versteigerung.

Das in Stettin, Alt-Dammerstraße Nr. 35, am schiffbaren Barnib-Sstrom mit ca. 180 m Wasserfront, gegenüber dem Barnib-Kanal, nahe dem Central-Güterbahnhof, günstig gelegene, 22977 qm große Grundstück nebst großem Fabrikgebäude und zugehöriger Wiese von 8960 qm gelangt im Januar oder gefestigt. (1314)

Mittwoch, den 15. März 1899, Bormittags 11 Uhr, im Bureau des Justizrat und Notar Leistikow, Stettin, Reichsgerichtstr. 91, zur Versteigerung. Näheres durch den Liquidator Ernst Strömer, Stettin.

Die Holz-Jalousie-Fabrik,
Bau- und Möbelstischlerei von

C. Steudel,

Danzig, Fleischergasse Nr. 72,
empfiehlt ihre sehr bekannte

Holz-Jalousie

sowie deren Reparaturen zu den billigsten Con-

turen-Dreiecken. Preis-Kataloge gratis u. franco.

Ia. overschl., engl. u. schott.

Stiel-, Würfel- u. Ruskohlen,

große Grus- u. Schmiedekohlen,

Anthracit- Rusk- u. Erbskohlen,

Brikets, Marke Ilse.

Offeriert zu stets billigsten Tagespreisen ab Lager sowie
franco haus. (1313)

Joh. Busenitz,

Hopfengasse Nr. 104. Fernsprecher Nr. 364.

Fernsprecher Nr. 364. Fernsprecher Nr. 364.

Brust-, Fendel-, Althee-, Keltig-, Honig- u. Malzbonbon,

alles kräftig eingek., gegen Hufen u. Heisterk., 50 gr. u.

Gütekonditorei, alle gefüllt, per kg 30 gr.

Confectaball 40 gr. per kg.

Chocoladenpulver, rein, ohne Mehlsatz, per kg 60 gr.

Chocoladenpulver mit Vanille, per kg 80 gr.

Holl. Cacao, per kg 2 M. und 240 gr.

empfiehlt die Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik

Altst. Graven J. Feldkeller, Altst. Graven

Nr. 10, zwischen holzmarkt und Marktstraße.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Wagenlaternen.

Acetylhen-Fahrradlaternen.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

von den bekannten Abholestellen und von der Expedition abgeholt.

Der „Danziger Courier“ ist somit die **allerbilligste** täglich erscheinende Zeitung.

Bestellungen für Monat Februar werden von den Austrägerinnen angenommen.

Bekanntmachung.

Die Abfuhr des Strafenkehrichts und Haugemülls für den Bezirk der Vorstadt Langfuhr (einfach, Neuholland), sowie die mit in Zusammenhang stehenden Arbeiten, sollen für die zwei Jahre 1. April 1899 bis dahin 1901 an einen Unternehmer vergeben werden. (1250)

Schriftliche, mit entsprechender Aufschrift versehene Angebote sind verschlossen bis zum

15. Februar d. Js., Mittags 12 Uhr.

an unser Geschäftsbüro (Langgasse 47, 2 Tr.) einzureichen, wobei zu dieser Zeit die Gründung der Angebote in Gegenwart eines erlaubten Beobachters stattfinden wird. Ebendieselbst können auch die Ausführungs-Bedingungen eingesehen werden. Jeder Anbiebende hat die Lehrenswürdigkeit bei Beginn des vorgenannten Termins als für sich verpflichtend durch Namens-Aufschrift anzuerkennen.

Danzig, den 23. Januar 1899.

Der Magistrat.

Trampe. Kosmack.

Bekanntmachung.

Zufolge Verfügung vom 25. Januar 1899 ist an bestehender Lage die in Lissia bestehende Handelsniederlassung des Kaufmanns Friedrich Anger ebendieselbst unter der Firma

Friedrich Anger

in das diesseitige Firmenregister unter Nr. 554 eingetragen.

Graudenz, den 25. Januar 1899.

Königliches Amtsgericht.

(1422)

Erben-Aufruf.

Am 30. Dezember 1898 starb zu Antwerpen Herr Müller, Kaspar Friedrich, Sohn des Herrn Müller, Ernst Friedrich Rudolph, der am 19. Februar 1816 in Paris sich mit Marie Radogende Lorgerie verheirathete.

Die Preumagis-Graben des Verstorbenen sind, väterlicherseits, die Nachkommen, oder mangels Nachkommen die Seitenverwandten der Großeltern des Verstorbenen die Geleute Carl Gottlob Müller und Caroline Wilhelmine Müller. — Carl Gottlob Müller, geboren um 1758 und gestorben gegen das Jahr 1813, war bei seinem Leinenfabrikant in Groß-Glogau, assiziert mit seinem Bruder Kaspar Samuel Müller unter der Firma „Gebildete Müller“. — Die Witwe des Carl Gottlob Müller, geborene Caroline Wilhelmine Müller etablierte sich in Lissa, und starb dasselbe am 25. April 1835. Aus dieser Ehe entstiegen fünf Kinder:

1. Müller, Ernst Friedrich Rudolph, der Vater des Verstorbenen;

2. Müller, Henriette, welche in Lissa Herrn Koller ehelebte und einen Sohn, Robert Koller, erhielt;

3. Müller, Charlotte, welche in Goldberg mit Herrn Gentius Drogerei-Pfeiffer, verheirathete;

4. Müller, Carl, Bankier in Posen, und

5. Müller, August, beim Garde-Regiment der „Totenkopfhusaren“ und später Staatsbeamter in Thorn.

Die sich an dem Nachlass des Herrn Kaspar Friedrich Müller erbberechtigt glaubenden Personen werden erachtet, sich in das Notariat des Herrn F. Gheysens, rue du Margrave, 12, Antwerpen (Belgien) melden zu wollen.

Freiwillige Versteigerung.

Das in Stettin, Alt-Dammerstraße Nr. 35, am schiffbaren Barnib-Sstrom mit ca. 180 m Wasserfront, gegenüber dem Barnib-Kanal, nahe dem Central-Güterbahnhof, günstig gelegene, 22977 qm große Grundstück nebst großem Fabrikgebäude und zugehöriger Wiese von 8960 qm gelangt im Januar oder gefestigt. (1314)

Mittwoch, den 15. März 1899, Bormittags 11 Uhr, im Bureau des Justizrat und Notar Leistikow, Stettin, Reichsgerichtstr. 91, zur Versteigerung. Näheres durch den Liquidator Ernst Strömer, Stettin.

Die Holz-Jalousie-Fabrik,
Bau- und Möbelstischlerei von

C. Steudel,

Danzig, Fleischergasse Nr. 72,
empfiehlt ihre sehr bekannte

Holz-Jalousie

sowie deren Reparaturen zu den billigsten Con-

turen-Dreiecken. Preis-Kataloge gratis u. franco.

Ia. overschl., engl. u. schott.

Stiel-, Würfel- u. Ruskohlen,

große Grus- u. Schmiedekohlen,

Anthracit- Rusk- u. Erbskohlen,

Brikets, Marke Ilse.

Offeriert zu stets billigsten Tagespreisen ab Lager sowie
franco haus. (1313)

Joh. Busenitz,

Hopfengasse Nr. 104. Fernsprecher Nr. 364.

Fernsprecher Nr. 364. Fernsprecher Nr. 364.

Brust-, Fendel-, Althee-, Keltig-, Honig- u. Malzbonbon,

alles kräftig eingek., gegen Hufen u. Heisterk., 50 gr. u.

Gütekonditorei, alle gefüllt, per kg 30 gr.

Confectaball 40 gr. per kg.

Chocoladenpulver, rein, ohne Mehlsatz, per kg 60 gr.

Holl. Cacao, per kg 2 M. und 240 gr.

empfiehlt die Marzipan- und Zuckerwaren-Fabrik

Altst. Graven J. Feldkeller, Altst. Graven

Nr. 10, zwischen holzmarkt und Marktstraße.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Wagenlaternen.

Acetylhen-Fahrradlaternen.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Fahrradlaternen.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Fahrradlaternen.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Fahrradlaternen.

Tadellos brennend. (1446)

Jul. Hybbenheth, Fleischergasse 19/21.

Grossartiger Lichteffekt.

Acetylhen-Fahrradlaternen.